

Rede von Herrn Oberbürgermeister Jürgen Roters anlässlich der Einbringung des Haushalts am 18.12.2012

Heute wird der Entwurf des Doppelhaushalts 2013 / 14 einschließlich der mittelfristigen Finanzplanung bis zum Jahr 2017 eingebracht.

Damit begeben wir uns auf einen schwierigen, steinigen Weg der längerfristigen Haushaltskonsolidierung.

Wir wollen den aus den Fugen geratenen städtischen Haushalt wieder in Ordnung bringen.

Manche glauben noch heute, dies sei möglich, ohne z. T. ernsthafte Einschnitte in das vorhandene Leistungsspektrum. Nein, jeder Bürger wird mehr oder weniger spüren, dass er als Teil unserer Stadtgesellschaft notwendige Sparanstrengungen mittragen muss.

Nach dem Beschluss des Stadtvorstandes ist der Entwurf in seinen Zielsetzungen und Eckpunkten der Öffentlichkeit vorgestellt worden.

Wir haben den offenen Dialog mit Meinungsträgern, Interessengruppen und Sozialpartnern gesucht, um zu informieren, zu überzeugen und auch Vorschläge aufzunehmen.

Ich möchte mich bereits jetzt bei allen Beteiligten für die sachbezogene und ernsthafte Teilnahme bedanken.

Natürlich fiel das Echo auf die Konsolidierungsvorschläge unterschiedlich aus:

- Für die einen gingen die Maßnahmen zu weit oder sie seien in den Auswirkungen nicht ausgewogen genug.

- Andere vermissten den durchschlagenden Spareffekt, sozusagen den „großen Wurf“; oder ihnen wurde die Systematik des Konsolidierungskurses nicht hinreichend deutlich.

Wir arbeiten daran, die Konturen und die Leitplanken des Sanierungsprozesses noch deutlicher werden zu lassen.

Gemeinsam mit der Kämmerin werden wir über die nächsten Jahre uns dieser Aufgabe widmen.

Wir haben klare Signale gesetzt:

1. Das Abgleiten in eine pflichtige Haushaltssicherung, d. h. in eine Zwangsverwaltung durch die Kommunalaufsicht werden wir vermeiden.
2. Der Defizitabbau durch Sparen und Ertragssteigerung wird auch über 2017 hinaus kontinuierlich fortgesetzt, sodass im Jahre 2022 ein vollständiger Haushaltsausgleich realisiert wird.

Bis auf wenige Ausnahmen ist die Situation der Kommunal финанzen in der Bundesrepublik, vor allem aber auch bei uns in Nordrhein-Westfalen prekär und dramatisch.

Eine jüngste Befragungsstudie der Unternehmensberatung Ernst & Young führt uns dieses für NRW deutlich vor Augen. Sie zeigt, dass wir mit unseren Sorgen nicht allein sind; dass es eine Vielzahl von Städten gibt, denen es erheblich schlechter geht.

Danach

- schreiben vier von fünf Kommunen rote Zahlen – im Übrigen auch die Landeshauptstadt Düsseldorf; d. h. 81% der Kommunen schlossen das Haushaltsjahr mit einem Defizit ab.

Danach

- dreht sich die Schuldenspirale weiter. Fast jede 2. Gemeinde in NRW erwartet für die kommenden drei Jahre einen Anstieg ihrer Gesamtschulden.

Und das besonders Erschreckende:

- Jede zweite Kommune kann Schulden nicht aus eigener Kraft tilgen; diese Städte und Gemeinden glauben nicht, durch eigene Anstrengungen der Verschuldungsfalle entkommen zu können.

Wir als größte Stadt im Lande wollen beweisen, dass wir aus eigener Kraft den Weg aus der Krise finden und das drückende Haushaltsloch überwinden.

Wir wollen nicht zu den Städten gehören, die ihre Selbstverwaltungshoheit bei der Kommunalaufsicht abgeben und auf eigene Gestaltungsmöglichkeiten – auch bei der Konsolidierung – verzichten.

Es gibt Städte, die haben sich über viele Jahre an diese Zwangsverwaltung gewöhnt, teilweise haben sie bereits resigniert.

Mit dem Stärkungspaket Stadtfinanzen der Landesregierung haben die besonders gebeutelten Städte jetzt wieder einen Hoffnungsschimmer.

Wir als im Vergleich „reichere“ Stadt profitieren nicht von diesen Landeshilfen; es ist vielmehr nicht ausgeschlossen, dass wir beim Paket II im Rahmen des horizontalen Finanzausgleichs selbst zur Hilfeleistung für andere Kommunen herangezogen werden.

Wir sind nicht auf Rosen gebettet, unsere finanzielle Schieflage ist bedrohlich und zwingt uns jetzt zum Handeln.

Aber ich halte es angesichts dieser Beispiele für überzogen, davon zu sprechen, die Stadt sei pleite oder stünde vor dem finanziellen Ruin.

Solche Bemerkungen sind sachlich nicht gerechtfertigt und letztlich unverantwortlich. Sie schaden dem Wirtschafts- und Wachstumsstandort Köln.

Wir gehören in Deutschland zu den bevorzugten Wachstumsräumen.

- Der Motor im Wohnungsbau rollt;
am Waidmarkt, im Gerlingquartier, an der Gaedestraße oder im Waldbadviertel in Ostheim entstehen neue große Wohngebiete.
- Der Neubau mehrerer großer Hotels erweitert die Beherbergungskapazitäten ganz erheblich.
- Das vergangene Jahr war ein Rekordjahr in der Immobilienvermittlung;
neue Bürostandorte entstehen am Weichserhof, rund um den Hauptbahnhof einschließlich der ehemaligen Eisenbahndirektion.
- Viele Städte beneiden uns um die Unternehmensansiedlungen der letzten Zeit;
Lanxess, Detecon, Peugeot / Citroën, die neue German Wings sind Ansiedlungserfolge, die die Wirtschaftskraft erhöhen und Beschäftigung fördern.

Nicht zuletzt die Entscheidung der Deutschen Bahn, das größte und modernste ICE-Instandhaltungswerk Deutschlands in Köln-Nippes zu errichten, ist ein Vertrauensbeweis in die Leistungsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit unserer Stadt.

Vertrauen verpflichtet; mit unserem Haushaltskonzept nehmen wir die Verpflichtung auf.

Das gelingt aber nur, wenn uns Bund und Land von kommunalfernen Belastungen befreien. Das gilt vor allem für Sozial- und Infrastrukturmaßnahmen.

Die Kosten für soziale Aufwendungen steigen dynamisch an. Der Anstieg der sozialen Aufwendungen ist seit nunmehr 40 Jahren ungebrochener Trend. Demgegenüber erleben wir einen drastischen Rückgang der Investitionen. Die Haushalte entwickeln sich bundesweit von Investitionshaushalten zu Sozialhaushalten. Lag der Anteil der Investitionen vor drei Jahrzehnten noch bei etwa einem Drittel des Haushaltsvolumens, so liegt er heute gerade einmal bei einem Zehntel.

Bund und Land übertragen uns immer mehr Aufgaben, ohne vollständig für die damit verbundenen Kosten aufzukommen.

Wir als Kommune haben uns die sozialen Leistungen ja nicht selbst auferlegt. Sie werden von Bund und Land beschlossen, wir müssen die Umsetzung garantieren.

Ich bin sehr dankbar, dass der Präsident der IHK Köln, Paul Bauwens-Adenauer, immer wieder auf die strukturelle Unterfinanzierung unserer Stadt hinweist.

Wir müssen im engen Schulterschluss gegenüber Bund und Land auftreten. Folgende Punkte erscheinen mir dabei von besonderer Wichtigkeit.

1. Die ab 2014 vom Bund zu übernehmende Grundsicherung im Alter darf nicht durch das Auslaufen des Bildungs- und Teilhabepakets konterkariert werden.
2. Die uns besonders finanziell belastende Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung muss vollumfänglich vom Bund getragen werden.
3. Nicht zuletzt wegen der steigenden Energiekosten brauchen wir eine größere Beteiligung des Bundes an den Kosten zur Unterkunft.

4. Der Ausgleich für die zusätzlichen Lasten, z. B. für die U 3-Betreuung und die Umsetzung der Inklusion, muss ehrlich und fair erfolgen. Für Personal, Umbau und Ausstattung der Inklusionsschulen werden wir Kommunen bundesweit schätzungsweise 660 Mio. Euro jährlich ausgeben müssen. Dabei müssen wir auch gegen die schleichende Aushöhlung der Konnexität ankämpfen.
5. Die Modernisierung und Sanierung unserer Infrastruktur, insbesondere der Brücken, Wege und Tunnel, ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Da dürfen wir Kommunen nicht allein gelassen werden.

Ich will hier noch einmal meinen Vorschlag erneuern, den Solidaritätsbeitrag Ost, der uns bis 2019 jährlich über 70 Mio. Euro kostet, in einen Infrastruktur-Soli für ganz Deutschland umzuwandeln.

Die Infrastruktur ist in allen Landesteilen erneuerungsbedürftig, nicht nur im Osten Deutschlands.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

so berechtigt unsere Forderungen auch sind und so nachdrücklich wir sie auch erheben müssen, so darf uns dies nicht davon abhalten, unsere eigenen Hausaufgaben zu machen:

„Eigene Kraft“ heißt, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um aus der Finanzkrise herauszukommen.

Wir wollen unsere Stadt zukunftsfähig erhalten. Alle Aufgaben, die der Zukunftssicherung dienen, genießen im Finanzhaushalt besondere Priorität.

Dazu gehört:

- Wir wollen unser Erziehungs-, Schul- und Bildungssystem weiter ausbauen – die Zukunftsaufgabe schlechthin!
- Wir wollen wirtschaftliches Wachstum, weil dies Arbeitsplätze und Steuereinnahmen sichert.
- Wir wollen unsere städtische Infrastruktur in überschaubarer Zeit modernisieren, damit wir den Anschluss an andere Metropolen nicht verlieren.
- Wir wollen dem Auseinanderdriften zwischen Arm und Reich, zwischen wohlhabenden und benachteiligten Stadtteilen tatkräftig entgegenwirken. Für uns in Köln ist der soziale Friede ein Grundrecht.

Um dies zu erreichen – und anderes mehr – müssen wir unser Finanzierungssystem neu justieren.

- Wir müssen uns von Aufgaben trennen, die für die Zukunftsfähigkeit keine höchste Bedeutung haben.

Wir haben dazu einige Beispiele genannt; weitere werden zwangsläufig folgen.

- Die Reduzierung von Qualitätsansprüchen und Standards ist bei dieser Haushaltssituation unverzichtbar.

Wir können uns vieles, was wünschenswert und erstrebenswert ist, schlicht und einfach nicht mehr leisten. Weniger architektonische Wettbewerbe im Schul- und KiTa-Bau, dafür mehr serielle Fertigung!

Ansprüche an Ausstattungen sind auf einfache und kostengünstige Leistungen zu überprüfen:

Zudem ist bei allen Bau- und Sanierungsmaßnahmen der künftige Unterhaltungsaufwand im Voraus und in vollem Umfang zu untersuchen und vor der Entscheidung und Umsetzung zu benennen.

Für alle baulichen Großvorhaben werden obligatorisch eine Projektsteuerung und ein striktes Kostencontrolling vorgeschrieben.

Dies sind nur einige Ansätze zur Neuaufstellung unserer städtischen Finanzpolitik.

Insgesamt müssen Aufgabenabbau und Standardreduzierung auch zu einer Entlastung unserer städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter führen. Haushaltssanierung darf nicht auf dem Rücken unserer Beschäftigten vollzogen werden. Ich möchte, dass wir die Konsolidierung nicht gegen, sondern mit den Beschäftigten erfolgreich fortführen.

Wir sind damit beschäftigt, innerhalb der städtischen Verwaltung Geschäftsprozesse zu optimieren, Verwaltungsabläufe zu straffen und dabei Hierarchie abzubauen.

Wie Sie wissen, haben wir einen extrem hohen Anteil an Pflichtaufgaben. Auch diese Aufgaben werden einer Effizienzkontrolle unterworfen und auf mögliche Einsparungspotentiale überprüft.

Zeitliche Begrenzungen von Modellvorhaben und Pilotprojekten werden in Zukunft strikt eingehalten. Eine Weiterführung dieser Projekte wird dann nicht mehr automatisch erfolgen.

Gelegentlich wird die Forderung erhoben, wir sollten ab sofort auf größere Investitionsaufgaben und größere Bauprojekte verzichten.

Ich halte diese Aussage für zu pauschal.

Wir können uns keinen Stillstand erlauben, das schadet unserer Wettbewerbsfähigkeit. Die Entwicklung des Deutzer und des Mülheimer Hafens ist eine Zukunftsaufgabe von überragender Dimension. Ich bin auch überzeugt davon, dass die zukünftige Archäologische Zone eines der großen Zukunftsprojekte unserer Stadt ist.

Andere Projekte, wie etwa die Bewerbung für die Bundesgartenschau 2025 oder der Umbau des ehemaligen Rautenstrauch-Joest-Museums, sollten wir uns bei der derzeitigen Finanzsituation allerdings nicht zumuten.

Konsolidierung ist das beharrliche Wahrnehmen von Aufwandsreduzierungen. Auch wenn man an vielen kleineren Stellschrauben dreht, kann dies im Ergebnis auch ein nachhaltig wirkender „großer Wurf“ sein.

Eine Reihe von Konsolidierungszielen lassen sich nur mittelfristig umsetzen. Sie bedürfen einer gründlichen und systematischen Vorbereitung.

Hier erwarte ich mir vom eingesetzten Effizienzteam Impulse und Aufträge.

Die Idee, die großen Aufgabenblöcke einer finanzkritischen Betrachtung zu unterziehen, kann uns ein gutes Stück nach vorn bringen.

Der soziale Zusammenhalt unserer Stadt wird durch eine Vielzahl von Projekten gesichert, die aus unterschiedlichen Quellen finanziert werden.

Die soziale Stadt wird nicht allein daran gemessen, wie hoch der Sozialetat ist. Entscheidend ist, ob die Mittel zielgenau und effizient eingesetzt werden.

In Zukunft müssen wir die Jugend- und Familienpolitik, die Sozial- und Seniorenarbeit stärker als Einheit sehen und alle diesbezüglichen Fördermaßnahmen stärker bündeln.

Die Förderung muss auf das überschaubare Quartier bezogen sein: nahe an den Menschen und ihren Bedürfnissen.

Ein hervorragendes Beispiel für moderne Quartiersarbeit ist die „Kalkschmiede“ in Kalk Nord. Hier arbeiten Wohnungsbauunternehmen, örtliche Initiativen, Anwohner, die Schulen und sozialen Einrichtungen ganz eng und integrativ zusammen.

Eine solche Quartiersarbeit ist eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben unserer Stadt.

Meine Damen und Herren,
trotz der bedrohlichen Lage werden wir auch weiterhin in die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt und damit in ihre Infrastruktur investieren.

Beispielsweise haben wir für die reine Sanierung unserer Rheinbrücken bereits über 150 Mio. Euro und für die Sanierung unserer Tunnel und Haltestellen 60 Millionen Euro im Finanzplanungszeitraum in den Haushalt eingestellt.

Für Straßen, Wege und Plätze sind darüber hinaus im Zeitraum von 2013 bis 2017 190 Mio. Euro für Baumaßnahmen vorgesehen.

Aufgrund der steigenden Kinder- und Geburtenzahlen in Köln werden wir in der U 3-Betreuung im Kindergartenjahr 2012 / 13 insgesamt 2.500 neue Plätze schaffen. Damit werden wir insgesamt einen Ausbau auf 11.000 Plätze erzielen, was einer Versorgungsquote von 38% entspricht. Die zur Verfügung stehende Landes- und Bundesförderung wird dabei in vollem Umfang ausgeschöpft.

Auch die Nachfrage nach Plätzen in der Offenen Ganztagschule ist gerade in Köln enorm. Wir planen einen Ausbau auf 24.000 Plätze bis zum neuen Schuljahr, was

einer Versorgungsquote von 70% entspricht. Die Stadt Köln wird einen Eigenanteil von rund 25 Mio. Euro in 2012 / 13 erbringen.

Köln erlebt derzeit einen massiven Einbruch im geförderten Wohnungsbau. Angesichts der sich verschärfenden Situation auf dem Wohnungsmarkt, die insbesondere Studierende sowie Haushalte mit geringem Einkommen betrifft, stellt die Stadt für das kommunale Wohnungsbauprogramm 35 Mio. Euro als revolvingende Finanzmittel zur Verfügung.

Auch das Neu- und Umbauprogramm für die städtischen Sozialhäuser zur Unterbringung und Integration von obdachlosen Kölner Bürgerinnen und Bürgern wird weiter fortgesetzt. Die Investitionen ab 2012 betragen hier insgesamt über 34 Mio. Euro.

Aufgrund des drastischen Anstiegs von Menschen, die in unserer Stadt Hilfe und Unterschlupf suchen, erbringen wir für deren Unterbringung seit 2012 Investitionen in Höhe von annähernd 10 Mio. Euro.

Meine Damen und Herren,
wir werden unsere Haushaltsplanungen transparent halten, denn den beschwerlichen Weg können und wollen wir nicht alleine gehen. Wir sind bei diesem auf die Unterstützung der Bürger angewiesen.

Die Bereitschaft der Bürger und der politisch Verantwortlichen, die Konsolidierung ernsthaft anzupacken, ist erkennbar.

Deshalb bin ich überzeugt davon, dass wir in dieser Stadt, mit ihrer Stärke und Tradition zuversichtlich in die Zukunft schauen können.